

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

ich wollte eigentlich zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2024 nicht viele Worte verlieren.

Der Entwurf weist zwar unter Berücksichtigung aller seit Einbringung eingepreisten Änderungen einen kalkulierten Fehlbetrag in Höhe von rd. 5,8 Mio. € aus und kann daher im Ergebnis nur fiktiv ausgeglichen werden. Auch die mittelfristige Finanzplanung sieht lediglich einen fiktiven Haushaltsausgleich vor, weshalb wir selbstverständlich den Stand unserer Ausgleichsrücklage im Blick haben müssen.

Allerdings haben wir schon die Haushaltsjahre 2022 und 2023 – anders als ursprünglich erwartet - mit deutlichen Überschüssen abgeschlossen, nämlich 4,96 bzw. 1,75 Millionen €.

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind im letzten Jahr auf einen Rekordbetrag von über 15 Mio. € angewachsen und auch für 2024 wurde zunächst ein ähnlich hoher Ansatz geplant, wengleich dieser in den laufenden Haushaltsberatungen auf Grund aktueller Entwicklungen bei den Veranlagungen für Vorjahre vorsichtshalber noch einmal nach unten korrigiert worden ist.

Dennoch: Senden ist abundant. Ausdruck eigener finanzieller Stärke und von besonderer Bedeutung angesichts der zu erwartenden Haushaltsentwicklung in Bund und Land. Die Ausgangslage ist also doch recht gut. Wo also liegt das Problem? Gibt es überhaupt eins? Nun, da muss ich dann doch ein paar Worte mehr verlieren:

Problematisch ist offensichtlich, dass wir selbst unter Berücksichtigung der sehr guten Gewerbesteuerereinnahmen im Ergebnis – jedenfalls nach den Planzahlen - mehr Geld ausgeben als wir einnehmen. Übrigens irgendwie ein Problem aller staatlichen Ebenen.

Aber wofür geben wir in diesem und in den kommenden Jahren das Geld eigentlich aus, könnten wir nicht sparsamer haushalten um Defizite zu minimieren oder bestenfalls zu vermeiden? Nun, zu einigen großen Ausgabepositionen lässt sich zunächst Folgendes sagen:

- Weiterhin hohe Aufwendungen haben wir im Zusammenhang mit der Fortführung und dem Abschluss der ISEK - Maßnahmen im Ortskern. Wir können da ja jetzt nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Die Maßnahmen sind begonnen und das städtebauliche Gesamtkonzept muss auch konsequent vollendet werden.**
- Einen zweiten großen Ausgabeposten machen die sog. Transferleistungen aus, Zahlungen also, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Darunter fallen beispielsweise auch soziale Leistungen, die die Gemeinde auf Grund gesetzlicher Bestimmungen leistet. Unsere Transferaufwandsquote liegt im Jahr 2024 bei insgesamt 41,3 %, in Zahlen sind das fast 25 Mio. €. Einen erheblichen Anteil machen hier die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder auch die Kreisumlage aus. Aufwendungen, auf deren Höhe wir praktisch keinen Einfluss haben. Allein die Kreisumlage beträgt in 2024 fast 18 Mio. €.**

- **Geplante Ausgaben für Schule und frühkindliche Betreuung:**

Wir haben im vergangenen Jahr die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans bis zum Schuljahr 2027/28 beschlossen. Damit einher gehen massive Investitionserfordernisse. Für die Marienschule planen wir in den Jahren 2024 – 2026 Investitionen von 4,6 Mio. €, bei der Bonhoefferschule bis 2027 von rd. 3,3 Mio. € und bei der Davertschule in Ottmarsbocholt bis 2026 ebenfalls rd. 1 Mio. € ein. Daneben ist der Bau einer zentralen Mensa vorgesehen. Insgesamt sehen wir bis zum Jahr 2027 im Schulbereich Investitionen an den Schulstandorten von über 18 Mio. € vor. Investitionen, die in der Folge ja auch noch zu entsprechenden Abschreibungen führen.

Gerade der Bildungsbereich taugt allerdings nicht zum Sparen. Spielt doch das Schulangebot vor Ort eine entscheidende Rolle im stetigen Bemühen um mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Aber: Die genannten Zahlen machen deutlich, dass wir mit den jährlichen Zuwendungen aus der Schulpauschale allein hier nicht weit kommen und auch jenseits von möglichen Fördertöpfen für einzelne Maßnahmen als Schulträger für diese doch im Grunde gesamtstaatliche Aufgabe in erheblichen Maße eigene Mittel werden aufwenden müssen.

Gleiches gilt für den Bereich der frühkindlichen Betreuung in unseren Kitas. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich hier in den letzten Jahren für Investoren und Betreiber derart verschlechtert, dass es oftmals ohne eine wie auch immer geartete finanzielle Unterstützung der Kommunen nicht mehr funktioniert.

Die beiden letztgenannten Bereiche weisen dann auch auf das eigentliche Problem: Die Kommunen und die kommunale Familie insgesamt sind für die ihnen durch Bund und Land zugewiesenen Aufgaben strukturell völlig unterfinanziert. Das wird seit Jahren beklagt, aber nicht geändert. Nicht umsonst haben über 350 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Herbst 2023 einen Brandbrief an den Ministerpräsidenten verschickt und auf die teils prekäre Situation der Kommunen hingewiesen.

Doch statt nachhaltiger struktureller Verbesserungen des kommunalen Finanzsystems stehen uns bereits neue Herausforderungen bevor: So hat die Bundesregierung durch das Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter einen Anspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung rechtlich verankert: Ab August 2026 haben zunächst alle Grundschulkindern der ersten Klassen einen Anspruch darauf, ganztägig gefördert zu werden. Wie das im Detail – beispielsweise bei den sächlichen Kosten - vernünftig ausfinanziert werden soll, wo die erforderlichen Betreuungskräfte – die heute bereits in den KITAS fehlen – herkommen, ob es frisches Geld für ggf. erforderliche bauliche Maßnahmen geben wird: Mit all diesen Fragestellungen werden die Kommunen von Bund und Land bisher im Grunde allein gelassen. Das folgt einem bekannten Muster: Standards und damit verbundene Erwartungen werden auf höherer staatlicher Ebene gesetzt und als Aufgabe den Kommunen übertragen. Die sind dann nicht nur für die Umsetzung zuständig, sondern zugleich auch Adressat für Frust und Kritik, wenn es bei der Umsetzung – voraussehbar – hakt.

Vor welcher Entwicklung steht unser Haushalt also, welche Perspektiven oder auch Handlungserfordernisse ergeben sich? Gestatten Sie mir, bevor ich dazu einen Ausblick wage, noch ein paar Anmerkungen:

a)

Mit der Gründung einer gemeinsamen Wohnungsbaugesellschaft gehen wir in Senden neue Wege. In einem ersten Schritt werden wir insbesondere für Familien attraktiven und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Sollte das Projekt, wovon wir ausgehen, erfolgreich sein, gilt es diesen Weg an weiteren Stellen im Gemeindegebiet konsequent weiter zu beschreiten. Der Druck von Wohnungssuchenden aus Senden, aber auch aus Münster in die Stadtregion und insbesondere auch nach Senden wird nicht nachlassen. Die SPD wird sich daher auch weiterhin für die Ausweisung neuer Baugebiete einsetzen. In einem ersten Schritt sollten wir alle uns im Regionalplan geschaffenen Möglichkeiten für weitere Wohnbebauung nutzen und gleichzeitig massiv darauf hinwirken, dass uns hier zukünftig auch wieder größere Spielräume zur Verfügung stehen.

b)

Nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen haben wir im vergangenen Jahr nach umfangreicher Beteiligung der Bevölkerung und der Gewerbetreibenden endlich die Einrichtung einer Fußgängerzone auf einem verhältnismäßig kleinen Teilstück der Herrenstraße gemeinsam beschlossen. Der gesamte Prozess, der ehrlicherweise erst durch geänderte Mehrheitsverhältnisse im Rat in Gang gesetzt werden konnte, ist intensiv begleitet worden und hat letztlich zu diesem Ergebnis geführt. Schaut man auf die Details der Befragungen, haben wir mit dieser Entscheidung einem großen Bedürfnis in der Bevölkerung Rechnung getragen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Der Wegfall von Durchgangsverkehr, eine attraktive Umgestaltung des Ortskerns und die Schaffung von mehr Aufenthaltsqualität für Fußgänger und Radfahrer kann nur Grundlagen schaffen. Für den Erhalt und die positive Entwicklung eines attraktiven Ortskerns bedarf es mehr. Wir werden als Gemeinde hier weiterhin nach unseren Möglichkeiten unterstützen. Und ich erhoffe mir als Ergebnis der gerade laufenden Neustrukturierung der Gewerbevereine mit einer neuen, mit der Gemeinde abgestimmten Aufgabenverteilung hier für die Zukunft weitere wichtige Impulse. Und letztlich muss die Bevölkerung das Ganze auch mit Leben füllen.

c)

Im letzten Jahr haben wir die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans beschlossen. Nach eingehender Diskussion, ob wir in Senden nicht eine dritte Grundschule benötigen. Ausgangspunkt waren die nach wie vor äußerst beengten Räumlichkeiten der Bonhoefferschule, die an ihrem Standort - Stand heute – keine Erweiterungsmöglichkeiten hat. Mangels zeitnah zu realisierender Alternativen haben wir daher beschlossen, die bisherigen Standorte – bei der Bonhoefferschule muss man sagen so gut es geht - zu ertüchtigen. Abgesehen davon, dass dies das Ergebnis einer wenig vorausschauenden Standortpolitik der letzten Jahre ist. Wir glauben, dass uns das Thema in den kommenden Jahren weiter beschäftigen wird. Damit folgen wir nicht der prognostizierten Annahme, dass die Schülerzahlen im Ortsteil Senden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten so signifikant sinken werden, dass die Schülerversorgung im Primarbereich durch die jetzt beschlossenen Maßnahmen dauerhaft in gleichbleibender Qualität gesichert werden kann. Und wir erwarten auf Grund gesetzlicher und schulbehördlicher

Auflagen weiter steigende Raumbedarfe. Und auch die immer wieder gezogene Option, die Marienschule zu erweitern, stößt eines guten Tages an ihre Grenzen. Der Appell muss daher lauten, bei der Planung künftiger Baugebiete diese Fragestellungen frühzeitig in die Planungen einzubeziehen.

Wie geht es nun aber haushaltsmäßig in diesem und den kommenden Jahren weiter?

Der Kämmerer kalkuliert nicht nur für das laufende Jahr, sondern auch in den kommenden Jahren mit Haushaltsdefiziten. Bisher hat er uns allerdings – auch auf Grund eher konservativer Haushaltsannahmen - oft genug dann doch positiv überrascht. Ich selber habe in den vergangenen Jahren in meinen Haushaltsreden immer wieder auf Risiken hingewiesen, die sich dann letztlich doch nicht bewahrheitet haben. Trotz der haushalterischen Herausforderungen durch Pandemie und Angriffskrieg auf die Ukraine. Wenn das einem Muster folgt, können wir das gerne in dieser Form fortsetzen: Ich mahne mögliche Risiken für den Haushalt an und den Kämmerer spornt das umso mehr an, am Schluss des HH – Jahres positive Zahlen zu präsentieren.

Aber können wir uns darauf verlassen? Funktioniert unser Haushalt wie die Börsen, wo Psychologie und positives Denken mitunter die Erfolge bestimmen? Der Bürgermeister hat bei der Haushaltseinbringung die Erwartung geäußert, wir bekämen die Probleme hier vor Ort schon gelöst, wenn das nur auch allen anderen staatlichen Ebenen gelänge. Wie also ist die Ausgangslage?

Wir haben in den letzten Tagen gehört, dass die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für dieses Jahr von 1,3 auf 0,2 Prozent gesenkt hat, was

praktisch einer Stagnation gleichkommt. Und auch der die Bundesregierung beratende Sachverständigenrat geht davon aus, dass das von ihm bisher für 2024 angenommene Wachstum von 0,7 Prozent wohl nicht erreicht werden wird.

Können wir dennoch hoffen, dass das alles an uns vorüberzieht? Dass unsere überwiegend mittelständisch geprägte Senderer Wirtschaftslandschaft weiterhin für rekordverdächtige Gewerbesteuern sorgt? Dass also in Bezug auf Senden kein Ende der fetten Jahre droht?

Zunächst sollten wir alles daran setzen, den Zustand der Abundanz möglichst lange aufrecht zu erhalten. Denn natürlich wird die eingetrübte wirtschaftliche Situation Spuren bei Bund und Ländern hinterlassen. Die insgesamt zu verteilende Finanzmasse wird weniger werden, denn die inflationsbedingt hohen Tarifabschlüsse verbessern nicht nur das Einkommensteueraufkommen, sie schlagen andererseits auch bei den Ausgaben voll durch.

Die gesamtgesellschaftlichen Kosten werden in den nächsten Jahren explodieren, wenn die Generation der Babyboomer zunächst eine Rente, ein paar Jahre später ein Pflegeheim beziehen will und altersbedingt nebenbei auch noch höhere Krankheitskosten verursacht. Alles zunächst eigene Haushalte und Kassen, aber letztlich muss das Geld in Summe ja irgendwo herkommen. Und über höhere Staatsausgaben für Zivil- und Katastrophenschutz, die Wiederaufbaukosten nach Extremwetterereignissen, für Landesverteidigung, für gefühlt überall dringend nötige Infrastrukturmaßnahmen usw. haben wir noch gar nicht gesprochen. Ich befürchte Verteilungsdiskussionen, auf die wir als eine Gesellschaft, für die es Jahrzehnte wirtschaftlich immer nur aufwärts ging, überhaupt nicht vorbereitet

sind.

Der Staat darf keine Schulden machen oder - ganz schlimmes Wort – Schattenhaushalte bilden, aber die Bahnstrecke zwischen Münster und Dortmund muss ausgebaut werden. Eine Maßnahme übrigens, die seit Jahrzehnten gefordert, aber selbst in wirtschaftlichen Boomzeiten durch eine CDU – geführte Bundesregierung im Wahlkampf immer nur angekündigt, aber nie realisiert wurde. Brücken und Straßen müssen saniert werden, Fördergelder werden für dies und das und nahezu jedes Anliegen gefordert: Überall wird nach dem Staat gerufen, der schwäbische Hausfrau und spendabler Gönner zugleich sein soll. Anderenfalls Streik. Nein, auf den Verzicht liebgewonnener Standards sind wir nicht vorbereitet, und ich nehme mich da auch gar nicht aus. Dabei werden sich ohne einen gewissen Wohlstandsverlust wohl nicht alle anstehenden Herausforderungen lösen lassen, übrigens auch eine massive Herausforderung für unsere demokratische Gesellschaft.

Dabei kann die Reduzierung von Standards uns auch in Sünden helfen, das Problem zu hoher Ausgaben wenigstens ein Stück weit in den Griff zu kriegen. Beispiel Bau: Muss es immer unbedingt KfW40 sein? Erfüllt nicht der Energiestandard 55 bei gleichzeitigem Einsatz regenerativer Energien auch unsere Klimaschutzziele? Warum soll verpflichtend nur noch mit Holz gebaut werden, wenn sich in der konkreten Situation auch eine andere vergleichbar ökologische Lösung anbietet?

Arbeitskosten werden zukünftig eine immer größere Rolle für unseren Haushalt spielen. In vielen Bereichen nehmen wir Aufgaben auf der Grundlage gesetzlicher

Vorschriften wahr. Wir selbst sind aber auch ganz gut darin, die Verwaltung zu beschäftigen. Insgesamt finden wir eine immer komplexere Arbeitswelt vor, die geradezu die Frage danach herausfordert, ob immer alles Mögliche auch nötig ist.

Fast 35 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gab es in der Bundesrepublik im Jahr 2023, so viel wie nie zuvor. Gleichzeitig beklagen wir trotz in den letzten Jahren weiter zugenommener Automation großen Fachkräftemangel. Die Zeit hat auch Aufgabenfelder und Tätigkeiten hervor gebracht, die wir heute zwar als selbstverständlich ansehen, die es aber früher so nicht gab.

Wasserkocher und andere sog. ortsfeste Betriebsmittel werden jährlich begutachtet, Kopierer und Drucker auf ausreichenden Datenschutz nach der Datenschutzgrundverordnung hin überprüft. Allerorten wird zertifiziert und re-zertifiziert. Man könnte die Aufzählung fortsetzen und jeder kennt weitere Beispiele. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Viele Dinge mögen ihre Berechtigung haben. Aber warum müssen wir als Gemeinde z. B. einen Lärmaktionsplan aufstellen, der im Ergebnis bestätigt, dass es entlang von Bahntrassen und Autobahnen laut - im Einzelfall auch zu laut - ist, uns gleichzeitig aber gar keine Handlungsoptionen einräumt, weil Deutsche Bahn oder Autobahngesellschaft mit jeweils eigenen Lärmkarten zuständig sind? Und sollte es Aufgabe einer Gemeinde sein, ihre Bevölkerung regelmäßig dazu anzuhalten, Vorräte für den Notfall anzulegen?

Hieraus folgt meine 1. Annahme zur Haushaltsentwicklung:

Wir müssen uns im Hinblick auf die zu erwartende Entwicklung der Arbeitskosten dringend mit der Frage beschäftigen, was wir zukünftig eigentlich noch alles

machen wollen oder – anders ausgedrückt - was wir uns bei absehbar steigenden Arbeitskosten zukünftig noch leisten können? Der Kollege Mondwurf hat im HFA ja die Reaktivierung des AK Haushaltskonsolidierung angeregt. Dieser sollte diese Fragestellung unbedingt mit einbeziehen.

Steigende Arbeitskosten werden sich auch auf die Kreisumlage - und dabei immer mitgedacht – Landschaftsumlage auswirken. Jedenfalls der Landschaftsverband kalkuliert bis zum Jahr 2027 mit einer Erhöhung des Hebesatzes auf bis zu 18,35%, im wesentlich bedingt durch weiter steigende Kosten im Sozialbereich, insbesondere in der Eingliederungshilfe. Gleiches dürfte den Kreis treffen, gerade auch im Bereich der Jugendamtsumlage bei steigenden Zahlen der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen. In Münster, so konnte man kürzlich lesen, fehlen bereits entsprechende Plätze.

Daraus folgt meine 2. Annahme zur Haushaltsentwicklung:

Wir werden mit weiter steigenden Umlagen rechnen müssen.

Wie geht es weiter mit S90/X90 und dem innerörtlichen ÖPNV in Senden? Dank großzügiger Landesförderung ein Riesenerfolg und erst so richtig angelaufen, sehen wir bereits heute nicht nur die Geldquelle des Landes versiegen. Vielmehr müssen wir feststellen, dass der dadurch eröffnete Beratungsbedarf beim Kreis und den Trägern der RVM schon dazu genutzt wird, Überlegungen über allgemeine Angebotsreduzierungen anzustellen.

Daraus folgt meine 3. Annahme zur Haushaltsentwicklung:

Es ist nicht auszuschließen, dass uns der ÖPNV und die für Senden so wichtige

und attraktive Anbindung an das Oberzentrum zukünftig stärker finanziell fordern wird.

Zum Schluss:

Unsere geplanten Investitionen von rd. 24,1 Millionen € in 2024 werden in den Folgejahren zu entsprechend hohen, den Haushalt belastenden Abschreibungen führen. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass wir in den letzten Jahren die Ansätze für Investitionen in keinem Jahr tatsächlich vollständig verausgabt haben. Nicht alle geplanten Investitionsausgaben werden also den Haushalt tatsächlich belasten, es werden sich folglich auch die entsprechend höheren Abschreibungen nach „hinten“ verschieben.

„Hinten“ wartet aber allerdings auch schon eine andere Sache auf uns:

Wir haben aufgrund der Bilanzierungshilfen bis einschließlich 2023 rund 6,22 Millionen € isoliert. Deren Auflösung beginnend mit dem Haushaltsjahr 2026 wird vorbehaltlich der politischen Diskussion über Art und Weise, wie wir das machen wollen, zu einer weiteren Belastung des Haushalts führen.

Einstweilen setze ich darauf, dass der Kämmerer dem anfangs von mir aufgezeigten Muster folgend alles unternehmen wird, um sämtliche Risiken zu minimieren, Defizite möglichst abzuwenden und uns zum Jahresende wieder ein Top – Ergebnis zu präsentieren.

In dieser Hoffnung und mit dem Dank an alle Mitarbeitenden der Verwaltung für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und die ausgesprochen gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit danke ich für Ihr Aushalten und Ihre Aufmerksamkeit.

